



**An die Mitglieder des
Ortsverbandes Halle-West**

Halle (Saale), 05. September 2023

Sehr geehrte Mitglieder,

herzlich Willkommen zurück zu meinem Newsletter. Die Sommerpause des Landtages ist vorbei, sodass in dieser Woche die 23. Sitzungsperiode stattfindet. Es stehen diesmal 33 Tagespunkte auf der Agenda. Hier ein kleiner Einblick:

1. „Schulsozialarbeit in Gefahr – Ein echtes Landesprogramm jetzt umsetzen“

Einbringer der aktuellen Debatte ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Schulsozialarbeit ist für die hiesige Schullandschaft von immenser Bedeutung. Gerade weil sie eine wichtige Maßnahme gegen hohe Schulabbruchquoten und Teil der Lösung gegen den Lehrkräftemangel ist. Schulsozialarbeiter unterstützen sowohl die Schülerinnen und Schüler bei Problemen als auch die Lehrkräfte bei unterrichtsfernen Aufgaben. Eine verlässliche Finanzierung der Schulsozialarbeit durch das Land ist von unerlässlicher Bedeutung. Doch genau an einer solchen Finanzierung mangelt es bislang, was den flächendeckenden Erhalt der Schulsozialarbeit bedroht und einen notwendigen Ausbau unmöglich macht. Die Antragsfrist für die aktuelle Förderperiode endet am 30.09.2023, was die Situation umso dringlicher macht.

2. „Demokratische Prozesse brauchen Achtung, Respekt und Akzeptanz.“

Einbringer dieser aktuellen Debatte ist die Fraktion der CDU. Das aktuelle Agieren und die damit verbundenen Entscheidungen der Bundesregierung beeinflussen das Vertrauen der Menschen in die Politik. Auch der Ministerpräsident unseres Bundeslandes hat das Agieren der Ampelregierung scharf kritisiert. Auch den Mitgliedern des Bundesrates als Vertreter der Länder muss eine faire Chance zur Auseinandersetzung mit Themen von nationalem Interesse und flächendeckender Beachtung gewährleistet werden. Verlorenes Vertrauen wiederherzustellen kann nur gelingen, wenn politische Debatten und Initiativen respektvoll und transparent auf allen Ebenen geführt werden können. Bei politischen Entscheidungen müssen die Menschen auf dem Weg mitgenommen werden.

3. „7 Prozent Umsatzsteuer in der Gastronomie dauerhaft beibehalten“

Die antragstellende Fraktion der AfD fordert die Landesregierung dazu auf, sich mittels Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, den Verzehr von Speisen in Restaurants dauerhaft mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 % zu besteuern. Die befristete Umsatzsteuersenkung auf Speisen gilt derzeit bis zum 31.12.2023. Das Auslaufen des reduzierten Umsatzsteuersatzes hätte für die Gastronomie, die Gesellschaft und für den Staat fatale Folgen. Insbesondere das Gastgewerbe leidet noch immer unter den Nachwirkungen der Corona-Maßnahmen und benötigt noch Jahre, um sich zu erholen. Nur mit dem reduzierten Umsatzsteuersatz ist es bislang gelungen, die rasant gestiegenen Kosten nicht 1:2 an die Kunden weiterzugeben.

4. „Umgang mit dem Opferentschädigungsgesetz“

Antragsteller sind hier die Koalitionsfraktionen der CDU, SPD und FDP. Die Landesregierung wird unter anderem darum gebeten, zu prüfen, ob die bisherigen Formen der Öffentlichkeitsarbeit und Bekanntmachungen zum Opferentschädigungsgesetz geeignet und ausreichend sind und ob diese erweitert werden könnten. Zudem soll über die Arbeit des sogenannten Fallmanagers und der Kampagne zur Verbesserung der Opferhilfestrukturen berichtet und darüber informiert werden, ob und wie deren Beschäftigte im Umgang mit Opfern sensibilisiert werden. Eine optimale Unterstützung der Betroffenen von Gewaltstraftaten kann nur erfolgen, wenn das Gesetz in vollem Umfang bekannt ist und angewendet wird.

5. „Wir brauchen Jede und Jeden – Bildungswende gegen den Fachkräftemangel!“

Einbringer der aktuellen Debatte ist die Fraktion DIE LINKE. Der fortschreitende Fachkräftemangel wird zum größten Risiko für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Auf der Suche nach wirksamen Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel wird meist nur nach Wegen des geringsten Aufwandes gesucht. Die zentrale Herausforderung wird weiterhin ignoriert oder nur halbherzig angegangen. Daher muss ein Umdenken beginnen, weil jede Arbeitskraft gebraucht wird.

Wie üblich melde ich mich mit den Ergebnissen der Plenarsitzung bei Ihnen. Bis dahin!

Herzliche Grüße, Ihr



Christian Albrecht MdL
Vorsitzender des Ortsverbandes Halle-West